

Danziger Zeitung

Nr 17998

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Reiterhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1889.

Der Sturm auf das „rothe Haus“.

Die Berliner Bürgerschaft wird im Augenblick zum ersten Male durch die Stadtverordnetenwahlen in Anspruch genommen. Dieselben finden von heute an statt und zwar zuerst für die dritte Abtheilung, für die zweite am Mittwoch und die erste am Donnerstag. Die Socialdemokraten wollen eine stärkere Vertretung erzielen, um selbständige Anträge einbringen zu können, auch wenn Herr Singer, welcher bekanntlich als Ausgewiesener nur während der Reichstagsession in der Hauptstadt weilen kann, nicht hier ist. Zur Stellung eines selbständigen Antrags ist die Zahl von fünf Mitgliedern erforderlich. Die socialdemokratischen Vertreter haben übrigens zu allen sachlichen, besonders im Interesse der arbeitenden Klassen liegenden Anträgen die erforderliche Anzahl von Stimmen zur Unterstützung in der Versammlung gefunden, und wenn es bei dem jetzt nach Breslau übergesiedelten Herrn Kunert nicht immer der Fall war, so lag dies an der ganzen provocirenden Art und Weise, mit welcher derselbe seine Ansichten vortrug, die auch häufig von seinen eigenen Parteigenossen nicht getheilt wurde. Der Wahlkampf zwischen den Socialdemokraten und den anderen Parteien wird sich in den betreffenden Wahlbezirken vollziehen, ohne die anderen Stadttheile besonders zu erregen.

Die allgemeine Aufmerksamkeit richtet sich auf den Kampf zwischen den Freisinnigen und den Cartellpartei in Westen. Die Stadtverordnetenwahlen hatten früher keinen ausgesprochen parteipolitischen Charakter; wenn in den letzten Jahrzehnten die Mehrzahl der Mitglieder der städtischen Behörden in politischer Beziehung der Fortschritt- und jezt der freisinnigen Partei angehörten, so lag dies daran, daß eben die Mehrzahl der Wähler, welche sich hier mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigen, dieser Partei angehörte; daneben wurden auch von den fortschrittlichen resp. freisinnigen Wählern immer auch Vertreter gewählt, welche anderen politischen Richtungen angehörten.

Einen etwas schärferen Charakter erhielten die städtischen Wahlen, als durch den Einfluß von Stöcker und Genossen die reactionäre „Berliner Bewegung“ ins Leben gerufen wurde, als zahlreiche conservativ „Bürgervereine“ entstanden, die nach dem vom Regierungssitz aus in den parlamentarischen Körperschaften heftige Angriffe gegen die Berliner Stadtverwaltung erfolgten, den „Sturm gegen das rothe Haus“ auf ihre Fahne schrieben, schließlich eine Anzahl von Stadtverordneten ihrer Richtung durchsetzten, sich in der Stadtverordneten-Versammlung zu einer conservativen „Bürgerpartei“ zusammenschloßen und die Mehrheit in den kommunalen Behörden, oft in einer sehr unsachlichen Weise, bekämpften. Trotzdem halten bis heute viele freisinnige Wähler daran fest, den politischen Parteikampf nicht auf das communale Leben zu übertragen; bei jeder Stadtverordnetenwahl sind von freisinnigen Mehrheiten Vertreter anderer politischer Richtungen in das Collegium gewählt worden, die durchaus nicht zu der freisinnigen Partei gehörten, wenn sie nur ein lebhaftes Interesse für die kommunalen Interessen entwickelt hatten oder wenn man dies von ihnen erwarten durfte. Auch bei den bevorstehenden Wahlen wird dies in einer Anzahl von Wahlbezirken geschehen.

Diesmal kehrte sich von Beginn der Agitation an der Wahlkampf der Cartellpartei gegen die

Person des Stadtverordneten Prof. Dr. Virchow, welcher die dritte Abtheilung des siebenten Communal-Wahlbezirks vertritt. Derselbe ist unstreitig eins der um die Stadt verdienstlichsten Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung, und er hat niemals seine politische Parteilichkeit in die städtischen Dinge hineingetragen.

Es konnte nicht ausbleiben, daß die Agitation der Cartellpartei gegen die Wiederwahl Virchows auf dessen Parteigenossen in anderen Wahlbezirken zurückwirkte. Herr Dechelhäuser, ein Bruder des bekannten Reichstagsabgeordneten, ist, obgleich er, wie dieser, der nationalliberalen Partei angehört, im benachbarten fünften Bezirk gewählt worden, besonders weil er Fachmann in Gasangelegenheiten ist. Als sich nun im Nachbarbezirk die Agitation besonders gegen Virchows außerhalb der städtischen Verwaltung einstellte, politische Parteilichkeit richtete und von den großen Berliner Cartellblättern unterstützt wurde — hat doch die Berliner „Post“ Virchows parlamentarische Thätigkeit um Jahrzehnte zurückversetzt, um falsche Anklagen gegen ihn schmieden zu können — da prüfte man auch die politischen Antecedenten Dechelhäusers, und es wurde gefunden, daß derselbe bei den letzten Landtagswahlen einen Aufruf der Cartellpartei unterschrieben hat, welcher heftige und unbedingte Angriffe gegen die freisinnige Partei enthält. In einer ersten vorläufigen, im Westen abgehaltenen Wählerversammlung fand Dechelhäusers Wiederwahl nicht die erforderliche Unterstützung. Doch hatte diese Versammlung nicht endgiltig zu entscheiden; es war eine Versammlung von Wählern verschiedener Bezirke und Abtheilungen, und auch unter den Freisinnigen des Bezirks gab es noch immer einen großen Theil, welcher Dechelhäusers Wiederwahl das Wort redete. Nun haben aber dem Abg. Dr. Virchow im Nachbarbezirk die Cartellpartei den Redacteur der reactionär-antisemitischen „Staatsbürgerzeitung“ gegenübergestellt, Herrn Dr. Bähler, einen Mann, welcher in der städtischen Verwaltung noch niemals etwas geleistet hat, und der linke Cartellflügel nicht für dessen Wahl, um Virchow zu Falle zu bringen. Diese Vorgänge im Nachbarbezirk haben viele frühere Wähler Dechelhäusers, die an ihm festhalten wollten, auch veranlaßt, die Wahl mehr vom politischen Parteilichpunkt aufzufassen. Am Sonntag, Mittags, fand die endgiltige Aufstellung des Candidaten der betreffenden Abtheilung statt, und es fanden darüber längere Verhandlungen statt. Es schlug dabei gerade die Bekämpfung und die Art der Bekämpfung der Candidatur Virchows in dem benachbarten Bezirk dafür durch, daß von Dechelhäusers Candidatur abgesehen und ein Herr Fabrikant Plischke, der sich schon im kommunalen Dienst bewährt hat, fast einstimmig aufgestellt wurde. Uebrigens ist die Wahl in diesen Bezirken des Westens in der Nähe der Bahnhofe nicht ohne Schwierigkeiten. In der dritten Abtheilung haben die kleinen Beamten der Eisenbahn-, Post-, Polizei- und aller anderen Behörden der preussischen und Reichsverwaltung, besonders auch die Subaltern- und Unterbeamten der Ministerien, für sich die Mehrheit; bei der Reichstagswahl stimmten viele von ihnen freisinnig oder socialdemokratisch, aber wo sie wie bei der Landtags- und bei der Stadtverordnetenwahl ihre Stimmen öffentlich abgeben müssen, getrauen sie es sich nicht. — In der zweiten Abtheilung sind hier wieder eine Anzahl von Geheimräthen, Professoren und Hoflieferanten aufgestellt,

welche heute mit den Cartellpartei gehen zu müssen glauben.

Bei den Berliner Communalwahlen kommt heute noch ein Moment in Betracht: Es ist nicht mehr sehr lange Zeit, bis Herr v. Forckenbeck zwölfsährige Amtszeit als Oberbürgermeister abgelaufen ist. Es ist bekannt und auch aus der cartellparteilichen Presse zu erkennen gewesen, daß schon lange Pläne existiren, ihm einen linkscartellparteilichen Gegencandidaten entgegenzustellen, und auch die betreffende Persönlichkeit, welche dazu in Aussicht genommen ist, ist bereits bekannt. Dabei kann es sich um eine geringe Stimmenzahl handeln und darum jede Stimme von Werth sein.

Deutschland.

□ Berlin, 18. November. Von gewissen, genugsam bekannten Seiten will das Anhängen gegen das Andenken des Kaisers Friedrich noch immer kein Ende finden. Das „Deutsche Tageblatt“, welches auf diesem Gebiete überhaupt das Gehässigste mit getheilt hat, bringt von einer „sehr geschätzten“, wohlweislich aber ungenannten Hand „Aufzeichnungen“ des Inhalts, daß irgend ein Jemand im Jahre 1883 mit dem Kaiser eine Unterredung über die Frage gehabt habe, was geschehen werde, wenn der Kronprinz zur Regierung käme. Der Kaiser habe gemeint, er würde sofort seine Entlassung geben, um seine Bestallung Tags darauf wieder zu erhalten. Der Kronprinz hätte versprochen, ihm nur solche Collegen beizugeben, mit denen er die Geschäfte weiter führen könne. Weiterhin soll der Kaiser den Charakter des Kronprinzen als einen entschieden absolutistisch angelegten hingestellt haben; es werde schwer werden, ihn „von den extremsten Schritten zur Behauptung seines Standpunktes zurückzuhalten“. Auch die „englischen“ Neigungen der Kronprinzessin bekommen im weiteren Verlaufe der Unterredung ihr Theil. Glaubt denn das „Deutsche Tageblatt“ im Ernst, mit solchen apokryphen „Aufzeichnungen“ irgend welchen Eindruck machen zu können? Und wenn wirklich der Kaiser sich so geäußert hätte — glaubt es dann, daß damit etwas erreicht würde zur Veränderung schon längst durch andere, unbefangener und maßgebendere Zeugnisse festgestellten Charakterzüge des toten Kaisers? Nimmermehr!

* [Rudolf v. Gneist], der berühmte Staatsrechtslehrer, hat gestern (Montag) ein halbes Jahrhundert einer reichen akademischen Wirklichkeit vollendet, die ausschließlich der Berliner Universität zu Gute gekommen ist. Es war am 18. November 1839, als sich der junge Assessor in der juristischen Facultät habilitirte. Seine Ernennung zum außerordentlichen Professor erfolgte schon 1844. Die Lehrthätigkeit des ausgezeichneten Juristen umfaßt so ziemlich alle Gebiete der Rechtswissenschaft. Ausgehend von den unerschöpflichen Quellen des römischen Rechts, zu welchem er unter anderen in seinen „formellen Verträgen“ einen sehr werthvollen Beitrag geliefert hat, durchdrang er mit seinen Vorlesungen und Schriften bald Strafrecht und Proceß, überall anregend und befruchtend, bis er endlich nach umfassenden Studien im Auslande vorwiegend den Staatswissenschaften sich wandte. Grundlegend war hier vor allem sein großes Hauptwerk „Das heutige englische Verfassungs- und Verwaltungsrecht“ (1857—63), welches gleich nach seinem Erscheinen in der gesammten Auflage von den

Engländern angekauft wurde. Es folgte dann eine Reihe weiterer Schriften über staatsrechtliche Verhältnisse in dem Musterlande der Constitution. An Ehren und Anerkennungen ist dem Jubilar ein volles Maß zu Theil geworden. Im Jahre 1872/73 war er Rector der Universität Berlin. Dem Obergerichtsgericht gehört er seit dessen Begründung an. Gneist ist Ritter des Ordens pour le mérite und Mitglied des Staatsrathes. Bekanntlich wurde er dazu berufen, dem jetzigen Kaiser als Kronprinzen praktische Privatvorlesungen zu halten. Kaiser Friedrich verlieh ihm den Adelstand.

Gneist ist seit langen Jahren auch im Parimente thätig gewesen. Eine merkwürdige Scene des Geschehens hat es gewollt, daß dieser zu Vermittlungen geeignete Mann Anlaß bot für die lärmendste Scene, welche der Sitzungsaal des preussischen Abgeordnetenhauses je gesehen. Beinahe sagenhaft klingt es heute, daß ein Mann wie Gneist von einem dem Conflictsministerium anhaftenden „Reinseiden des Verfassungsbruchs“ gesprochen haben soll. Der damalige Kriegsminister Herr v. Roon setzte einen groben Keil auf diese Aeußerung. Herr v. Bodum-Dolfs, welcher dem Abgeordnetenhause präsidirte, unterwarf die Entgegnung des Kriegsministers einer disciplinarischen Rüge — Herr v. Roon behauptete, daß die Disciplinargewalt des Präsidiums nur bis an die Schranken des Ministertheses reiche. — „Nein, bis an die Mauern des Hauses!“ antwortete der Präsident. — Lärm, Glockenläuten, der Präsident setzt den Hut auf, die Sitzung ist unterbrochen. — Sagenhaft klingt diese Erzählung in Anbetracht der jetzigen politischen Stellung Gneists und etwas Sagenhaftes ist ihr wirklich zu eigen. Den Vorwurf von dem „Reinseiden des Verfassungsbruchs“ nämlich hat Herr Gneist nicht direct ausgesprochen, sondern nur hypothetisch als eine Möglichkeit hingestellt, welche Möglichkeit herbeizuführen er warnte. Der Volksmund aber, welcher seine Verlautbarungen nicht liebt, hat das Gneist'sche Wort in derberer Fassung seinem Gedächtniß einverleibt, und in der absoluten derberer Fassung ist es von Mund zu Mund überliefert worden, bis nach langen Jahren Herr Gneist etwas zornmüthig eine Berichtigung eintraten ließ, als der Centrumsführer Windthorst die Tradition für wörtliche Wahrheit ausgehoben wollte.

* [Ueber unwürdige Behandlung der Lehrer] während ihrer Militärdienstzeit ist schon oft in der Presse Aeußerung geführt worden, ohne daß die Lehrvereine daraus Veranlassung genommen, sich mit der Sache zu beschäftigen. Jetzt hat sich der schlesische Provinzial-Lehrerverein, bzw. dessen geschäftsführender Ausschuss ermannt und die Verfolgung der Angelegenheit beschlossen. Der Zweigverein Kaschau hatte an den Ausschuss ein Schreiben gerichtet, in welchem Mittheilungen über erfolgreiche Besondereführung in Sachen einer Militärdienstangelegenheit gemacht wurden. Gleichzeitig erhielt der Ausschuss Kenntniss von einer in jüngster Zeit erfolgten moralischen Mißhandlung eines Lehrers. Mit Rücksicht darauf, daß diese Fälle sich mehr und mehr in der Zahl der betreffenden militärischen Vorgefekten mehren, den ganzen Stand zu discreditiren geeignet seien, beschloß der Ausschuss, Material zu sammeln, um eine generelle Beschwerde an geeigneter Stelle vorzubringen.

* [Eine wirtschaftliche Tripelallianz.] Auch in Rom werden Combinationen an die letzte Zusammenkunft des Fürsten Bismarck mit dem

Die dritte Vorstellung der „Freien Bühne“.

„Henriette Marschal“.

C. S. Berlin, 17. Novbr.

Heute wurde „Henriette Marschal“, ein Stück der Brüder Goncourt, das vor 24 Jahren zum ersten Male auf das Theatre Français kam, von der „Freien Bühne“ zur Aufführung gebracht. Es war eine vergebliche Tödienerwehung, wie damals fand das Stück auch jezt eine äußerst kräftige Opposition. Freilich, der Grund, warum man sagte, war in beiden Fällen sehr verschieden. Vor 24 Jahren empörte das Werk, weil es zu naturalistisch erschien, heute nahm man an dem Mangel jeglichen wahren Naturalismus Anstoß. Die Handlung und der Dialog sind durchaus im Stile der gewöhnlichen französischen Theater-mache und wirken für einen Geschmack, der die Natürlichkeit und Charakteristik vor allem übrigen zu schätzen gelernt hat, wahrhaft deprimierend. Oben sagte einmal, die kunstlose, einfache Prosa, in welcher er seine bürgerlichen Romane geschrieben hätte, wäre bei weitem schwieriger als die poetisch funkelnde Sprache des versificirten Trauerspiels. Wie viel Wahrheit darin liegt, konnte man bei diesem Stücke wieder recht beobachten. Es ist selbstverständlich nicht in Versen, aber doch in einer sehr gehobenen Prosa abgefaßt. Die Dichter versuchen, überall „schön“ zu schreiben, und thatsächlich rollen die Perioden in wunderhübschem leichtem Tonfall von den Lippen der auftretenden Personen, die so viel „Pathos“ und so viel „Geist“ verbrauchen, wie sich in allen Schauspielen Obens zusammen genommen nicht vorfindet. Aber wie billig scheinen alle diese Vorzüge, wie verschwinden sie neben einem Dialoge, der bei äußerlicher Schlichtheit einen wirklichen Einblick in das Seelenleben der Sprechenden gewährt! Wie leicht verzichtet man auf allen Auspruch prunkender Declamation, wenn einem Wahrheit und Leben dafür geboten wird!

Die Unnatur des Goncourt'schen Werkes wird schon bei einer bloßen Erzählung des Inhaltes offenbar. Es beginnt mit einem Pariser Maskenballe, von dem die anständigen Frauen sich in der Regel ausschließen. Als bald er-

scheinen in dem bunten Gemüth die beiden Brüder de Bréville, die, wie es in französischen Theaterstücken üblich ist, auf Gottes weite Welt keine andere Beschäftigung haben, als Geld auszugeben und sich zu amüsiren. Der ältere hält dem jungen, der zum ersten Male in die „Welt“ hinauskommt, eine lange Rede, er möge sich ummeln und Abenteuer aufsuchen, soviel er wolle. Nur dürfe man sich keine Illusionen über die Damen hier machen. Der bunte Maskenspektakel hätte in Wahrheit sehr wenig Romantik u. s. w. Dieser Herr mit der schönen Rede ist übrigens ein alter Bekannter für jedermann, der die französische Komödie ein wenig kennen gelernt hat. Ihm fällt stets die Rolle zu, wenn sonst nichts auf der Bühne geschieht, geistreiche Betrachtungen anzustellen. Bald sagt er etwas recht Gefeiertes, bald gibt er über sich und seines gleichen einige moralische Reflexionen zum Besten, welche das Publikum nach den vorangegangenen Trivitäten wieder gemüthlich stimmen sollen: eine Mischung von Rous und Moralist, die Herr Dumas zu seiner ganz besonderen Specialität gemacht hat. Der jüngere Bréville ist ein ins Männliche übersehender Theater-Bachschiff, er leidet das ganze Stück hindurch an einer unglaublichen Nalvetät und thut und spricht immer so ziemlich das Gegentheil von dem, was unter den gegebenen Verhältnissen wahrscheinlich wäre. Die Rede seines Bruders nimmt er sich nichtsdestoweniger sehr zu Herzen und findet nach einigen mißglückten Versuchen schließlich auch eine schwarze Domino-Maske, in die er sich unbändig verliebt. Die Dame, welche dahintersteht, ist zufälliger Weise eine anständige Frau oder wenigstens eine Frau der „anständigen Gesellschaft“. Aus Neugierde und Langerweile hat sich Madame Marschal in den Ball eingelassen, um doch auch einmal so etwas mitanzusehen. Auch diese Dame dürfte dem Publikum nicht ganz unbekannt sein. Sie befindet sich schon in einem bedenklichen Alter, hat einen reichen, gutmüthigen, ziemlich langweiligen Mann und möchte, um der Langeweile zu entfliehen, für ihr Leben gern noch ein Abenteuer durchmachen, ehe sie gar zu alt dafür geworden ist. Es ist Bahacs „Frau

von 30 Jahren“. Der junge Bréville wird, trotzdem sie das Gesicht maskirt hat, ihr gegenüber äußerst lyrisch. Er weiß einen Herrn, der sich ihr vertraulich nähert, mit jugendlichem Heldenmuth zurück und bekommt schließlich, ebenfalls nach berühmten Mustern, eine Herausforderung. Der schwarze Domino flüchtet. Das gültige Theaterschicksal will, daß Paul de Bréville, leicht verwundet bei dem Duell, in eine Villa gebracht wird, die selbstverständlich keinem anderen als Herrn Marschal, dem armen Manne des schwarzen Dominos, gehören kann. Nach 14 Tagen ist Paul wieder hergestellt, aber nicht ohne daß Fräulein Henriette Marschal ihn einige Male gesehen und sich in Folge dessen in ihn verliebt hat. Er will nun aus dem Hause fort, da ihn das Fräulein nicht weiter interessiert und er keine Ahnung davon hat, daß die gute Frau Marschal nichts anderes als sein geliebter schwarzer Domino ist. Trotz eines langen Gesprächs mit dieser Donna erkennt er sie nicht wieder. Da kommt ihm ein Zufall zu Hilfe, das Kammermädchen bei Marschals, welches sich gleichfalls in den jungen Adonis verliebt hat, zeigt ihm nämlich die Domino-Robe, in der die gnädige Frau neulich zum Maskenballe ausgegangen. Nun folgt ein leidenschaftlicher Ausbruch: Ha, ich liebe den schwarzen Domino. Frau Marschal ist der schwarze Domino, also liebe ich Frau Marschal. Der gute Jüngling kann dieser Logik nicht widerstehen, er macht einen Anlauf vor Madame, sie weiß ihn ab. Da wird er, noch geschwächt durch die Wunde, ohnmächtig, und Madame benutzt die Gelegenheit, um einen letzten Auf auf seine Stirn zu drücken. Darüber erwidert er — der Vorhang fällt. Der letzte Akt spielt einige Monate später in Trouville. Herr Bréville jun. ist unter dessen Hausfreund geworden und Frau Marschal, deren romantischen Bedürfnissen der junge Mensch vollständig entspricht, würde sich außerst glücklich fühlen, wenn nur nicht die stete Angst vor Entdeckung sie beunruhigte. Mit dem Gewissen kommt sie schon eher zurecht. Sie wartet wieder einmal auf ihren Liebsten, da erscheint aber statt dessen der ältere Bruder, welcher sehr geistreiche

Reben über die Verleumdungssucht im allgemeinen und die der Trouville Badegäste im besondern hält. Schließlich rückt er mit der Sprache heraus: er selbst habe das Verhältniß zwischen seinem Bruder und ihr schon längst gekannt, er habe aber — wie edelmüthig! — die ganze Zeit hindurch nichts anderes erstrebt, als diese Liebe vor der Welt geheim zu halten. Jedoch erfolglos, die Skandalgeschichte laufe nun schon durch das ganze See-bad. Er müsse im Interesse seines Bruders auf einen endgiltigen Bruch dringen. Frau Marschal hat nicht umsonst so viel darüber gelesen, daß die Liebe die höchste und mächtigste Leidenschaft, sie schließt außerordentlich stark, erklärt aber, sie könne unmöglich von ihrem Paul lassen; erst durch ihn habe sie das „Leben“ kennen gelernt u. s. w. Ja, sagt der moralische Rous, wissen Sie aber auch, gnädige Frau, daß Ihre Liebe das Glück Ihrer Tochter zerstört? Fräulein Henriette liebt nämlich meinen Bruder ebenfalls. — Nun kommt der Gipfel aller Unnatur, Frau Marschal, die so gewissenlos ihren Mann betrügt, die nicht davor zurückschreckt, ihn und sich in Schande zu stürzen, Frau Marschal wird auf einmal durch diese Erzählung ganz gerührt. Nur weil ihr Töchterchen verliebt ist, darum will sie zurücktreten. Das Beste dabei ist, daß Henriettes Liebe von dem jungen Bréville garnicht getheilt wird, daß er keine andere als die Mutter selbst begehrt. Aber das alles schadet nichts. Es nimmt sich so hübsch sentimental aus, diese Kindesliebe einer Ehebrecherin. Und darum muß Frau Marschal durchaus zurücktreten. Sie giebt alle Liebesbriefe heraus und ermächtigt Herrn Bréville, seinem Bruder zu sagen, daß sie mit ihm brechen wolle. Es dauert nicht lange, so springt der junge Ritter durch das Fenster in ihre Stube, er beschwört sie in wildester Leidenschaft, ihn noch weiter zu lieben; er hätte keinen anderen Gedanken als sie allein. Frau Marschal fällt aber nicht aus ihrer Theaterrolle, sie mag ihn nicht um ihres Kindes willen. Von außen wird plötzlich gepöcht, es ist der Gatte, welcher zur Ueilt zurückkehrt. Wo soll sich der Liebhaber verpacken? Da kommt

Grafen Rastbach geknüpft. Man will dort wissen, der deutsche Reichshandelsrat habe mit dem Grafen Rastbach die Grundzüge eines wirtschaftlichen Verbands, dem auch Italien angehören würde, vereinbart. Das Bündnis würde in Kraft treten, falls Frankreich im Jahre 1892 Erneuerungsverträge ablehnen sollte. Anregungen in dieser Richtung sind allerdings wiederholt laut geworden.

[Die Militärstrafprozedur.] Mit Spannung, so schreibt man der „Nat.-Ztg.“, sieht man in parlamentarischen Kreisen dem weiteren Schicksal des Reichstagsbeschlusses wegen Vorlegung des Entwurfs einer Militärstrafprozedur entgegen. Der Bundesrat hat bekanntlich den Reichstagsbeschluss den Ausschüssen überwiesen. Man nimmt an, daß der Beschluß des Reichstags nicht einfach zurückgewiesen, sondern daß er einer weiteren Erwägung unterzogen wird. Es ist bekannt, daß einzelne Regierungen zu dem Reichstagsbeschlusse sich zunehmend verhalten; es wird daher angenommen, daß auch im Bundesrat sich Stimmen für Berücksichtigung des Beschlusses aussprechen werden. — Das wäre auch die höchste Zeit!

* In Deismold haben die Konservativen zum Reichstagskandidaten den früheren Cabinetsminister v. Rastbach gegen den bisherigen Nationalliberalen Abg. v. Lengerke aufgestellt.

Russland.

* Aus Petersburg wird gemeldet: Der Senat hat die Klagen des Rigaer Magistrats über den Gouverneur von Livland ein für allemal abgewiesen, da der Magistrat über seine vorgelegte Beschwerde überhaupt nicht klagen dürfe.

Telegraphischer Specialdienst der Danziger Zeitung.

Reichstag.

Berlin, 18. Nov. Der Reichstag feierte die Beratung des Etats des Reichsamts des Innern fort, der auch heute noch nicht beendet wurde. Gegenstände von Debatten waren die Dampfersubvention, die Auswanderungsfrage, das statistische Amt und bei dem Reichsgelundheitsamt in Folge des freisinnigen Antrages das Schweinefleischverbot, dessen weitere Beratung zu morgen vertagt wurde.

Bei den Dampfersubventionen wies der Abg. Richter (freis.) auf die außerordentliche Geringfügigkeit der Samoalinie hin. Die Post, welche jeder Dampfer der von Söndern ausgehenden Zweiglinie mit sich führe, umfasse nicht mehr, als was ein Berliner Briefträger auf jedem Befestigungsgange in seiner Tasche trage. Der Bremer Lloyd werde sich sehr erleichtert fühlen, wenn er diese Linie gegen Verzicht auf einen Theil der Subventionssumme aufgeben dürfe. In Bezug auf Colonialpolitik sei eine bedeutende Ernüchterung eingetreten, leider erst nach großen Opfern. Nachdem der Gedanke, die Samoa-Inseln zu annektieren, endgültig aufgegeben sei, sollte man für solche Zwecke nicht das Geld der Steuerzahler verwenden.

Abg. Brömel (freis.) fand, daß die Erfolge der Dampfersubventionen in keinem Verhältnisse zu den Aufwendungen ständen, welche dafür gemacht werden müssen. Dabei hätten nur einzelne beschränkte Kreise Interesse an diesen Dampferverbindungen, während dieselben für die Gesamtheit des Verkehrs ohne Bedeutung seien.

Minister v. Bötticher hielt die Ansicht des Vorredners für irrig. Derselbe möge erst den Ablauf der Subventionsperiode von 15 Jahren abwarten, dann werde sein Urtheil voraussichtlich ein anderes sein. Dem Abg. Richter gab der Staatssekretär zu, daß die wirtschaftliche Bedeutung von Samoa eine ziemlich untergeordnete sei. Gleichwohl würde aus Rücksicht auf die politischen Interessen, die wir in der Südsee besäßen, das Auswärtige Amt einem Verzicht auf diese Zweiglinie nicht seine Zustimmung geben.

Abg. Bamberger (freis.) erkannte den Aufschwung des Verkehrs nach Ostasien an und zweifelte auch nicht, daß am Schluß der Subventionsperiode dieser Verkehr noch eine erhebliche Steigerung aufweisen werde. Die Frage sei nur, ob diese Steigerung eine Folge der Subventionen von Handel und Verkehr, die sich auch ohne Reichspostdampfer gezeigt haben würde. Außerdem sei zu bedenken, daß in den Zahlen auch ein Theil des früheren Hamburger Verkehrs mit Ostasien und Australien enthalten sei. Der Redner fragte, wie es mit der Zweiglinie nach Korea stehe, die vor vier Jahren von der Regierung als dringend notwendig bezeichnet und vom Reichstage bewilligt worden wäre, damit uns die Engländer in Korea nicht zuvorkämen, die aber heute noch immer nicht im Gange sei.

Minister v. Bötticher führte aus, die Untersuchungen hätten ergeben, daß die Handelsinteressen in Korea doch nicht so bedeutend seien. Aus diesem Grunde, sowie aus Rücksicht auf die dort ausgebrochenen Unruhen sei vorläufig auf die Einrichtung der Zweiglinie verzichtet worden, wofür auch ein entsprechender Theil der Subvention in Wegfall komme.

Abg. Richter (freis.) bezeichnete die Dampfersubventionen als eine Prämie für die englischen Auswanderer nach Australien und eine Unterstützung des englischen Weltverkehrs mit dem deutschen Handel um die Versorgung Deutschlands. Das treffe namentlich für den Wollimport zu. Gegenüber dem Zugeständnis, daß der deutsche Handel mit Korea, auf den die Regierung früher so hohe Erwartungen gesetzt habe, sehr geringfügig sei, hoffte der Redner, daß man im Etat des Auswärtigen Amtes den hochbedeutenden Consul für Korea wieder streichen könne. Die Zurückhaltung, welche der Staatssekretär sich bezüglich Samoas auferlege, lege den Schluß nahe, daß der Verkehr auf der samoanischen Linie noch jämmerlicher sei, als gewöhnlich angenommen werde. Nachdem der Reichshandelsrat sich politisch von Samoa zurückgezogen habe, sei es um so mehr gerechtfertigt, im Reichstage die Frage zu erwägen, ob die Samoalinie nicht einzustellen sei.

Der Redner beantragte, diese Frage der Budgetcommission zur Prüfung zu überweisen. Trotz des Widerspruchs des Ministers v. Bötticher und der Abgg. Gebhardt und Hellborn wurde dieser Antrag angenommen, nachdem der Abg. Richter noch hervorgehoben hatte, daß gerade in dem Augenblicke, wo durch weitere derartige abenteuerliche Pläne der Beutel der Steuerzahler noch mehr in Anspruch genommen werden sollte, es doppelt die Pflicht des Reichstages sei, in solcher Weise vorzugehen.

Abg. Baumbach (freis.) hielt das Verhältniß der ständig angestellten Arbeiter und der diätarisch beschäftigten Hilfsarbeiter im statistischen Amt für unangemessen. Es sei in der Budgetcommission hervorgehoben worden, ohne Hilfsarbeiter könne das statistische Amt nicht auskommen. Das möge wahr sein, auch glaube er, daß mit Hilfsarbeitern billiger gearbeitet werde. Gerade beim statistischen Amt halte er den finanziellen Effect aber nicht für bedeutend und glaube, daß es angebracht wäre, die diätarisch angestellten Beamten nach einiger Zeit fest anzustellen. Eine Anregung in diesem Sinne habe er für um so angebrachter, als in Folge unserer Zollpolitik eine Erhöhung der Lebensmittelpreise eingetreten sei; eine Thatsache, die ja auch in der Thronrede anerkannt worden sei, mit welcher der König von Sachsen den sächsischen Landtag eröffnet habe.

Adelsberg, 18. November.

Anlässlich des gestrigen Besuchs der deutschen Gäste war die Grotte festlich beleuchtet und der Eingang mit deutschen und österreichischen Flaggen und dem deutschen Reichswappen geschmückt. Um großen

verlangte danach, zu wissen, wie Paula denn über das Entschickte und über die Wendung dachte, die es in ihrem ganzen Leben hervorgebracht. Sie sah ja, wie es bei ihm stand — hinter seiner Sorge spürte sie das Olimmen der biternen Enttäuschung, es war ihr nicht entgangen, daß er trank, oft spürte sie seinen weinschwülen Athem und merkte die Schwere seiner Zunge; er jenseit sich . . . fast gönnte sie es ihm! fast wählte sie, kein anderes Mittel zu kennen, daß ihm über diese Krise hinweghülfe — aber es war doch ein sehr häßliches Mittel, und es war unendlich traurig, daß es eines solchen überhaupt bedurfte.

Noch war kein Wort des Vorwurfs über ihre Lippen geistert, aber sie wollte mit ihm reden — ein erster Versuch, sich mit seinem Herzen auseinanderzusetzen — ach, der erste versagte in ihrer Heisel . . . hatten sie sich nicht beide gleichermaßen von dem Dämonenpud dieser Schönheit beiseite lassen?

Sie hatte doch an ihr Lager blitzen lassen und mit ihm darüber gesprochen. Der gute Moch gefand das Uebel seines Freundes zu; übrigens fand er es nicht gefährlich, das würde sich geben, es ist eine gesunde Natur in ihm — eine vorübergehende Verirrung, man lasse ihm gewähren! Und er versprach, mehr als bisher über Helling zu machen. Das versprach er freilich, daß seine Bemühungen vergeblich gewesen. So hatte er seinen Freund wieder für die Tafelrunde der ehemaligen Aneignenossen gewinnen wollen.

„Daß sie mich auslachen!“ hatte Helling bitter geantwortet.

„Du bist natürlich, Helling! Euer Unglück hat überall das herlichste Beileid erweckt! Wenn du wüßtest, wie sehr man Anteil nimmt —“

„Das ist's, das gerade will ich nicht — Anteil — Mitleid —“

Und er lachte höhnisch. Mitleid ist eine erbärmliche Last nach der Bewunderung. Er will kein Almosen! Und er sträubte sich, mitzukommen, auch wies er jumeist Mochs Gesellschaft ab. Der glaubte ihn immer trösten zu müssen, und er will ja keinen Trost! Leide ist besser!

Tanzsaal der Grotte, wo der Namenszug des deutschen Kaisers unter einer Krone erglänzte, brachte Wipplinger ein dreifaches Hoch auf Kaiser Wilhelm aus, welches begeistert aufgenommen wurde. Die Musikkapelle spielte die Nationalhymne. Im Grottenraume „Belvedere“ waren die Initialen des österreichischen Kaisers mit der Krone bengalisch beleuchtet. Capitän Reiche brachte ein dreifaches Hurrah auf den Kaiser Franz Josef aus, welches ebenfalls herzlich erwidert wurde, während die Musikkapelle die österreichische Hymne spielte.

Berlin, 18. November. In der General-Versammlung der Berliner Handelsgesellschaft, in welcher 6544 Antheile vertreten waren, wurde die Erhöhung des Commanditkapitals um 10 Mill. beschlossen. Der Mindestcours der auszugebenden Commandittheile wurde auf 150 festgesetzt. Es sollen hiervon 8 Mill. derart zum Beuge angeboten werden, daß auf je 5000 Mk. alter Commandittheile ein neuer Antheilschein von 1000 Mark zu 150 erhoben werden kann. An dem aus der Realisirung der restlichen 2000 000 Mark Nominal über Uebnahmepreis von 150 hinaus zu erzielenden Gewinne wird die Berliner Handelsgesellschaft theilhaftig sein und es wird dieser Gewinnantheil sowie das Agio von 50 Proc. dem gesetzlichen Reservefonds zugeführt.

Berlin, 18. Nov. Die „Nordb. Allg. Ztg.“ bezeichnet die Mittheilungen der „Abn. Ztg.“ aus Privatbriefen über die Lage des Hauptmanns Francols als mit den amtlichen Berichten nicht in Einklang stehend und sagt: „Unzutreffend ist vor allem die Auffassung, daß zur Herstellung von geordneten Zuständen im Schutzgebiete der Kampf gegen Eingeborene unvermeidlich sei. Die Eingeborenen, insbesondere die Hereros, sind den Deutschen nicht feindlich gesinnt. Die Schuld an den gegenwärtigen Verhältnissen tragen die fremden Agitatoren, welche die Eingeborenen durch Brandtweinspenden und Waffenlieferungen zu gewinnen wissen und den so erlangten Einfluß zu Scherereien gegen die deutschen Händler, die deutschen Beamten und die deutsche Schutzherrenschaft verwenden.“

Berlin, 18. November. Die Umwandlung von Graudenz in eine große Lagerfestung ist nach den „Hamb. Nachr.“ ins Auge gefaßt, da Thorn weder strategisch noch taktisch ausreicht; indeß dürfte eine entsprechende Vorlage den jetzigen Reichstag nicht mehr beschäftigen. Man werde sich insofern so helfen, daß die Kosten für die nöthigsten etwa in Ostpreußen auszuführenden militärischen Maßnahmen aus bereits bewilligten Summen für strategische Zwecke bestritten werden.

Coburg, 18. Novbr. Gestern fand hier eine Versammlung der freisinnigen Partei statt, in welcher der Abg. Siemens Bericht erstattete und die Aufstellung einer neuen Candidatur besprochen werden sollte. Es waren jedoch eine große Zahl von Parteigenossen aus thüringischen und bairischen Wahlkreisen erschienen, wodurch die Versammlung einen allgemeinen Charakter erhielt. Vormittags fand eine vertrauliche Besprechung der Coburger Vertrauensmänner statt, welche sich schnell dahin einigten, den Abg. Siemens einmüthig zu empfehlen, auch für die nächste Reichstagswahl eine Candidatur anzunehmen. Nachmittags fand im Rathhaus-Saale eine große Versammlung statt, in welcher die Wähler trotz zunehmender Hitze 3 1/4 Stunden mit gespanntester Aufmerksamkeit den Reden der Abgg. Siemens und Richter über die Früchte der letzten Legislaturperiode und die Aufgaben der Zukunft lauschten. Lang anhaltender stürmischer Beifall begleitete die Redner. Am Schluß der Versammlung wurde auf den Vorschlag des Rechtsanwalts Weismann Siemens einstimmig als Candidat aufgestellt, welcher die Candidatur annahm. Nach

Schönach griff die Sache energischer an. Seiner officiellen und streng höflichen Aufforderung, einem Liebesmahl des Dragoner-Regiments bei zuwohnen, wogte Helling nicht zu widerstehen. War er dem Grafen nicht diese kleine Aufmerksamkeit schuldig für all' die Dienste, die er in der ersten schweren Zeit dem Hause geleistet?

Helling fand sich also an dem bestimmten Tage im Officierscassino des Regiments ein. Es ging lustig zu, die rauschende und schmetternde Musik belebte und steigerte die Stimmung, man trank sich fleißig zu, der Wein löste die Zungen; o, man konnte wohl auf ein paar Stunden in solcher Gesellschaft den Karm des Lebens vergessen!

Zufällig kam in Hellings Nachbarschaft die Rede auf die Jonahe Mayer. Einige der Jüngeren brachen in dem bekannten Officiersjargon in lachende und drastische Bewunderungsaufre aus, und die Vorzüge der Diva wurden einem Stück für Stück ans Licht gestellt, wie man etwa die Detailschönheiten eines edlen Raczperdes aufzählt.

Da schallte plötzlich Schönachs schmarrende Stimme über den Tisch: „Das ist ja ein Schwindel mit dieser Mayer! Hat einer von den Herren sie denn schon einmal bei Licht betrachtet?“

Es meldeten sich einige Stimmen, deren Besitzer großmüthig erplante, sie bei jeder Art von Beleuchtung gesehen zu haben.

„Ich finde, sie ist ein Stoff!“ rief Schönach dazwischen mit einem Esfer, der ihm sonst nicht gewöhnlich war. Feinere Beobachter hätten herausgebracht, daß es geschah, um Herrn v. Helling eine Art Censur zu geben.

„Jede Bewegung, jede Geste an ihr ist einstudirt, sie kann nicht einmal selbständig lachen! Eine ganz eieude Puppe! Was lassen wir uns von dem Frauenzimmer solch' blauen Dunst vormachen!“

„Oh! So!“ rief es zum Protest für die offenbare Blasphemie.

„Na, eines versteht sie wenigstens — die gehobte Hand aufzuhalten —“

„Es ist ein Skandal —“ fuhr Schönach fort —

der Versammlung fand ein gemeinsames Festmahl statt, an welchem sich drei Veteranen in silberweißem Haar, wie vorher an den Verhandlungen, mit wunderbarer Frische theilnahmen: Kreisgerichtsrath Appun, Dr. Baldamus und Ober-Schulrath Weismann.

Wien, 18. Nov. (Privattelegramm.) In den letzten Tagen sind mehrere von deutschen Bankfirmen hierher gesandte österreichische Papierrentencoupons zu 21 Gulden als Falsificate erkannt worden.

Lissabon, 18. Nov. (Privattelegramm.) Für die kaiserliche brasilianische Familie wird ein Palast in Stand gesetzt.

Rio de Janeiro, 18. Nov. (Privattelegramm.) Graf Eu hat Rio heimlich verlassen und sich vermutlich nach dem Norden von Brasilien begeben.

Rio de Janeiro, 18. Novbr. Die provisorische Regierung macht bekannt, daß die Ordnung mit allen Mitteln aufrecht erhalten werden soll. Angeblich ist ein telegraphisches Circular an die auswärtigen Regierungen in Vorbereitung. Die Nachrichten aus den brasilianischen Provinzen seien dem neuen Stande der Dinge günstig, auch Bahia habe sich der Republik angeschlossen.

— Aus besonderer Quelle wird aus Rio de Janeiro nach Wien gemeldet, die proclamirte föderative Republik werde den Namen „Vereinigte Staaten von Brasilien“ tragen. Die Umwandlung sei unblutig verlaufen; das Kaiserpaar befinde sich physisch wohl.

Danzig, 19. November.

* [Statsrede des Abg. Richter.] Unter dem Titel „Die Staatsberatung im Reichstage“ am 29. Oktober d. J. sind jetzt die Reden des Reichstagssekretärs v. Malchow und die umfangreiche Rede des Abg. Richter über den Etat im stenographisch aufgenommenen Wortlaut als besondere Broschüre erschienen und durch die Expedition dieser Zeitung (siehe Annoncentheil) zu beziehen. Die Separat-Ausgabe dieser Richterschen Rede ist erfolgt, nachdem die beiden Reichstagsreden des Abg. v. Bennigsen nach dem stenographischen Bericht besonders abgedruckt sind und von national-liberaler Seite in allen Wahlkreisen vertrieben werden. Uebrigens ist auch die Rede des Abg. Richter als Separat-Ausgabe in Berlin erschienen.

* [Sommerfahrplan der russischen Weichselbahn.] Die Direction der Marienburg-Miawkaer Eisenbahn hat das Vortieheramt der Kaufmannschaft davon in Kenntniss gesetzt, daß nach einer von der Verwaltung der Weichselbahn ihr zugegangenen vorläufigen Benachrichtigung der sogenannten Sommer-Artikel-Larif der russischen Weichselbahn mit Beendigung der diesjährigen Schifffahrt auf der Weichsel vollständig außer Kraft tritt. Demnach verlieren auch vom genannten Zeitpunkt ab die in dem qu. Tarife enthaltenen Frachtpreise für Eisen, welche in früheren Jahren während des Winters in Kraft geblieben, ihre Gültigkeit.

* [Zur baulichen Einrichtung der Zuckerfabriken.] Ein Gewerberat hatte in dem Jahresbericht von 1888 verschiedene Uebelstände in den baulichen Einrichtungen der Zuckerfabriken und Brauereibrennerien zur Sprache gebracht. Mit Rücksicht hierauf hat der Handelsminister die Oberpräsidenten in Kenntniss gesetzt, daß nach einer Mittheilung des Finanzministers bei den in den Zuckerfabriken zur Sicherung gegen heimliche Wegbringung von Zucker angeordneten baulichen Einrichtungen von der königlichen Steuerverwaltung auf die Beschaffung von Nothausgängen für den Fall einer Feuersgefahr überall Bedacht genommen und den in dieser Beziehung geäußerten Wünschen der Fabrikanen Rechnung getragen sei. Wenn in einzelnen Fabriken die zum Schutze der Arbeiter getroffenen Anstalten nicht ausreichend sein sollten, so würden seitens der Steuerverwaltung etwaige weitere Einrichtungen genehmigt werden, soweit dies mit den steuerrechtlichen Interessen irgend vereinbar sei. Die Initiative könne jedoch nicht von den Steuerbehörden ergriffen werden, weil solches über ihren Wirkungskreis hinausginge. Mehrere würden entsprechende Anträge der Fabrikanen, welchen auch die Kosten der nachträglichen Einrichtungen zur Last fallen würden, abgewartet werden müssen. Sache der polizeilichen Organe werde es sein, nöthigenfalls auf die Fabrikanen einzumirken.

* [Westpreussischer Fischereiverein.] In der gestrigen Nachmittags abgehaltenen Vorstandssitzung führte Herr Dr. Selig aus, daß es wünschenswerth für den Verein sei, Zuchtheile für Karpfen und Aeser anzulegen. Auf dem früheren Rittergute „Drei Schweinsköpfe“ sei, als dasselbe noch in dem Besitz der Familie Verber

„von dem bischen rothhaariger Frahe lassen wir uns an der Nase herumführen!“

„Das klingt ja so, als seien Sie abgefallen“, warf Einer bissig dazwischen.

Schönach verzog nicht eine Miene, aber in seinen Augen züngelten die bekannten, seinen goldenen Schlangelchen. In vollkommener Ruhe, wobei seine scharfe Stimme dennoch das Tischgespräch durchdrang, sagte er: „Ich meine doch, es wäre der Geist, die Grazie, die Liebenswürdigkeit, die eine Frau schön machen! Es giebt ganz häßliche Blumen, die wundervoll duften. Und solche Art von Schönheit ist unvergänglich.“

fügte er nach einer kurzen Pause mit besonderer Betonung hinzu.

Dann hob er das Glas und stieg mit einem Nachbar an, nicht werth mit Helling, da wäre die Absicht dieses Angriffs auf den Schönheitspopanz Mayer zu deutlich hervorgetreten. Einige merkten diese Absicht, und sie kamen und stießen mit Helling an. Schönach hat Recht — es ist wahrhaftig nicht das bische Frahe, das eine Frau anbelange — und begehrenswertig macht. . . .

Helling freute sich über die discrete Ovation; hinterher beschloß ihn eine Scham: wach! ein kleiner Geist ist doch hin und wieder erbärmlicher Egoismus von meiner Seite! Muß ich erst an dem Officiersstisch eines Gauderelements belehrt werden, was die echte, unvergängliche Schönheit eines Weibes, meines Weibes ausmacht?

Und er beschloß, sich von dieser Furcht vor dem Schönheitspopanz zu befreien und bei Gelegenheit selbst einmal das Gauderelement aufzusuchen, um sich den „bissigen Stoff“ anzusehen, von dem derb genug behauptet wurde, daß er nicht einmal mit den Augenwimpern zu klappern vermöge, ohne daß jemand mit dem Binschaden daran zöge.

Es war noch heller Tag, als er nach Hause zurückkehrte; zum ersten Mal hatte er des Tages nicht bedurft. Eines gewissen fröhlichen Schrittes elite er die Treppe hinan, aber Sophies Miene bedeutete nichts Gutes — mit Thränen in den Augen berichtete das Mädchen, der Arzt hätte den Verband abgenommen, da die fortwährende

Es wäre eine Erleichterung gewesen, wenn sie sich beide einmal offen ihr Herz ausgeschüttet. Helling
